

3.2 Politische Mitbestimmung/Wahlrecht

3.2.1 Politische Partizipation

3.2.1.1 Allgemein

Das Wahlrecht für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik haben - unabhängig von der Staatsangehörigkeit - gehört zu den elementaren Bestandteilen des demokratischen Staatswesens.

Nicht erst seit der Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Bürgerinnen und Bürger und der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts, mit steigenden Einbürgerungszahlen, zeigt sich deutlich, wie wichtig die Frage der politischen Partizipation via Wahlrecht für den Integrationsprozess ist. Politische Wahrnehmung und politisches Handeln steigen überproportional, wenn der Kreis der Begünstigten auch als Wähler zur Verfügung steht.



Die Frage der politischen Mitbestimmung war deshalb auch 2002/2003 wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Sei es in den im Bericht erwähnten Diskussionen mit Landespolitiker/innen, oder im Rahmen von Veranstaltungen: Die Notwendigkeit der politischen Mitbestimmung und die Frage des Wahlrechts gehört nach wie vor zu den thematischen Dauerbrennern.

Vertreter der agah nahmen zudem an Veranstaltungen zum Thema wie zum Beispiel an der Kooperationstagung von Interkultureller Rat und DGB-Bildungswerk „Bürgerrechte im Einwanderungsland Deutschland“ am 21. August 2002 in Frankfurt oder der Tagung „Bürgerschaftliches Engagement bei Zuwanderern“ in Stadtallendorf teil. Auch die Medien wurden genutzt, um auf die gesellschaftspolitische Notwendigkeit der Partizipation von Migranten hinzuweisen (z.B. Presseerklärung vom 19.09.2002 sowie Interview, HR 2, am 29.10.2002).



3.2.1.2 Projekt „Integration und Partizipation von Migranten“

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas führte im Berichtszeitraum ein Projekt zur Integration und Partizipation von Migranten in den Städten Europas durch. Bestandteil dieses Projektes waren Untersuchungen und Anhörungen zur Frage der Partizipation von Ausländern im kommunalpolitischen Geschehen und hier speziell zur Frage der bestehenden und weiterzuentwickelnden Formen von Beratungsgremien.

Die agah beteiligte sich nicht nur mit der Weitergabe von umfangreichen Informationen über Ausländerbeiräte in Hessen und Deutschland, sondern wurde auch regelmäßig zu Expertentagungen nach Straßburg, so vom 28. bis 29. Oktober 2002 und am 06. Juni 2003, geladen. Zudem fand ein europaweiter Kongress vom 15. bis 16. September 2003 in Stuttgart statt.

Die Möglichkeit, Migranten/innen über gewählte oder benannte Beratungsgremien stärker in den politischen Willensbildungsprozess einzu beziehen, wird inzwischen in vielen Ländern Europas praktiziert und ausdrücklich von dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas gefördert. Im Rahmen einer vergleichenden Studie, insbesondere aber durch den Austausch mit den Vertretern der Gemeinden, wurde deutlich, dass gewählte Ausländerbeiräte inzwischen in den meisten der Mitgliedsstaaten bestehen und der politischen Beteiligung von Migranten über Beratungsgremien europaweit zunehmend größere Bedeutung beigemessen wird. Deutschland - und hier Hessen und Nordrhein-Westfalen - verfügen dabei eindeutig über die höchste Zahl von Beiräten. Lediglich Dänemark weist mit über 50 Ausländerbeiräten eine ebenfalls beachtliche Zahl dieser kommunalen Gremien auf. Andere Länder stehen offenbar erst eher am Anfang. Landesweite Strukturen, wie sie in Hessen bereits seit über 20 Jahren bestehen, sind dort erst im Aufbau.

3.2.1.3 Projekt „Prepare“

Ende Dezember 2001 ging eine Anfrage von der französischen Organisation und dem Forschungsinstitut Economie & Humanisme in der Geschäftsstelle ein, ob sich die agah als Partner in einem EU-Projekt im Rahmen des EU-Programms zur Bekämpfung von Diskriminierungen beteiligen würde.

Economie & Humanisme (E&H) hatte schon in einer ersten Projektphase einen Konzeptentwurf für das Projekt PREPARE ausgearbeitet und suchte nun transnationale Partner innerhalb der EU für die Durchführung des 2-jährigen Projektes.

Im Januar 2002 fand ein erstes Gespräch über eine mögliche Kooperation in Wiesbaden statt.

Das Ziel des Projekts sollte sein, Einwohner und Einwohnerinnen der Union, die keine Angehörigen der Mitgliedstaaten sind (d.h. Staatsangehörige aus „Drittländern“), in ihrer Partizipation an Entscheidungsprozessen in den Gemeinden zu fördern und die gesetzliche Grundlage für weitere Teilnahme zu schaffen, z.B. in Ortsbeiräten, kommunalen Ausschüssen oder Kommissionen, Beratungsgremien, Gemeindevertretung, usw.

Vorgesehene Schritte zur Erreichung des Ziels waren:

- € Erfahrungen hinsichtlich der Beteiligungsmöglichkeiten aus den verschiedenen Ländern der Union von den nationalen Partnern zu sammeln und zu beschreiben, Best practice, Fehler und Versäumnisse in den Beteiligungsprozessen der Minderheiten und Migranten der Mitgliedsländer zu analysieren, mit der Zielsetzung, die positiven Beispiele innerhalb der Union zu verbreiten.
- € Politische Entscheidungsträger, Gemeindeverwaltungen, Bürgerinitiativen und Antidiskriminierungs-NGO's für die Problematik der beschränkten Beteiligungsmöglichkeiten (Partizipation) von Nicht-EU-Einwohnern zu sensibilisieren. PREPARE will EU-Organisationen, die sich schon gegen Diskriminierung engagieren, beteiligen, koordinieren und ein System des Informationsaustausches aufbauen.
- € Konkrete Vorschläge an die Verantwortlichen in den Gemeinden und der EU zu formulieren und Schritte einzuleiten, um Ausgrenzung und Diskriminierung z.B. durch neue Regelungen und Gesetzgebung oder die korrekte Umsetzung von schon geltender Gesetzgebung zu verhindern.
- € Angemessene pädagogische Hilfsmittel für die Sensibilisierung von Politikern, Zielgruppen und Kommunen herzustellen.
- € Bildungs- und Motivationsarbeit bei den Zielgruppen (Ausländerbeiräte, Migrantenorganisationen, usw.), um die schon vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten voll aus-

zuschöpfen. Es soll zudem auf die spezifischen Probleme eingegangen werden, die diese Gruppen bei der Partizipation erfahren. Dabei soll auf die Hürden eingegangen werden, die sie überwinden müssen, um sich einzubringen (kulturelle, sprachliche, usw.).

Interessiert zu diesem Zeitpunkt waren:

- š E&H (Economie & Humanisme) als Projektleitung
 - š CERAI (Centro de Estudios Rurales y de Agricultura Internacional) ein Forschungsinstitut und NGO an der Universität Valencia, das sich mit Fragen der Landwirtschaft und Migration beschäftigt
 - š CEDEM (Centre d'Etude de l'Ethnicité et des Migrations) – Zentrum für Forschung im Bereich Ethnie und Migration an der Universität Liege
 - š CECLR (Centre pour l'Egalité des Chances et la Lutte contre le Racisme) – Zentrum für Antidiskriminierung und Chancengleichheit - angesiedelt an Belgiens Ministerium gegen Rassismus in Brüssel
 - š MPG, ein europäisches Forschungszentrum (das sich später aus dem Projekt zurückzog).
- Später kam dazu:
- š die Stadt Stockholm – Amt für Integration.

Die EU-Kommission empfahl, dass die transnationalen Partner möglichst verschiedene Bereiche und Erfahrungsgebiete abdecken sollten. Die besondere Stärke der agah wurde in ihrer engen Verbindung an die Praxis, ihren praktischen Erfahrungen in politischen Entscheidungsprozessen, ihren politischen Kontakten und Einflüssen und in ihren Koordinierungs- und Kommunikationsmöglichkeiten gesehen. CEDEM und CERAI ergänzten mit ihrer Stärke in der Forschung, E&H in ihrer Organisations- und Dokumentationserfahrung, CECLR mit politischen Kontakten und Einfluss und die Stadt Stockholm mit ihrer Erfahrung in der Arbeit mit Migranten und ihrem politischen Einfluss.

Anfang März 2002 flogen der Vorsitzende Manuel Parrondo und von der Geschäftsstelle Margaret Haas, die das Projekt für die agah leiten sollte,

nach Valencia, wo eine zweitägige Konferenz von allen interessierten Partnern und ihrer Subpartner stattfand.

Ziele dieser Konferenz waren:

- š die Organisation und praktische Ausführung des Projekts (September 2002 – August 2004) weiter zu planen,
- š der Austausch zwischen den Partnern über ihre Organisationen und Arbeit sowie ihre Erwartungen an das Projekt,
- š die Organisation der praktischen Aspekte der Zusammenarbeit und der Methoden des Austausches hinsichtlich Best Practice und Erfahrungen in der Antidiskriminierungspraxis,
- š die Stärkung der Kontakte zwischen Partnern.

Der Austausch in Valencia war sehr intensiv und das Kennenlernen der anderen und ihrer Arbeit eine große Bereicherung.

Das fertige Konzept für das Projekt sollte bereits Anfang April bei der Europäischen Kommission eingereicht werden. In kürzester Zeit mussten daher auch von der agah die Ziele definiert und die Schritte des Projekts formuliert bzw. übersetzt in die deutsche Sprache und auf deutsche bzw. hessische Verhältnisse umgesetzt werden.

Alle transnationalen Partner waren zudem gefordert, in ihrem Land Subpartner zu finden, die bereit waren, die Arbeit vor Ort zu unterstützen und zu fördern. Die agah hat sofort Gespräche mit verschiedenen Ausländerbeiräten, Städten und Gemeinden aufgenommen, Ausländerbeiräte und lokale Politiker besucht und konnte schließlich folgende Interessenten für eine Mitarbeit gewinnen:

- € Kreisausländerbeirat Gießen und seine Geschäftsstelle mit der Unterstützung des Landkreises Gießen (Beauftragte für Integration)
- € Ausländerbeirat der Stadt Dietzenbach und die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates
- € Stadt Frankfurt, die ihre Kooperationsbereitschaft anzeigte
- € Stadt Berlin (Ausländerbeauftragte) und
- € den Ausländerbeirat der Stadt Magdeburg.

Weitere Ausländerbeiräte und Kommunen, wie z.B. das Amt für Zusammenleben in der Stadt Offenbach, waren grundsätzlich interessiert und unterstützend, verfügten aber nicht über ausreichendes Personal, um eine Zusammenarbeit leisten zu können.

Teilnehmende Institutionen in anderen Bundesländern, wie z.B. Berlin und Magdeburg, wurden ausdrücklich gewünscht, da die Situation auch außerhalb Hessens berücksichtigt und der Einfluss des Projekts möglichst weit verbreitet werden sollte.

Für die Durchführung des Projektes wurde von E&H und den Partnern ein straffer Zeitplan ausgearbeitet, mit 5 Arbeitsphasen von jeweils 5 Monaten. Vier transnationale Kongresse wurden vorgesehen, einer davon im Wiesbadener – Frankfurter Raum. Die Projektergebnisse sollten umfassend dokumentiert und in der Schlussphase ein politisches Konzept für die EU entworfen werden.

Nach intensiver Vorarbeit wurde der Projektentwurf und der Vertrag zwischen den Partnern im April 2002 bei der EU-Kommission eingereicht. Erst Ende Juli bekamen wir aus Brüssel den Bescheid, dass PREPARE von der Kommission für eine Finanzierung nicht ausgesucht wurde. Offensichtlich waren die Partner mit Ausnahme der agah nicht ausreichend praxisbezogen. Insgesamt 67 Projektanträge sind bei der Kommission eingegangen, wovon 27 genehmigt worden sind.

Obwohl das Projekt nicht zustande kam, hat die Vorarbeit für alle Beteiligten wertvolle Erfahrungen in internationaler Zusammenarbeit gebracht und es konnten wichtige Kontakte mit anderen Organisationen innerhalb Europas geknüpft werden. Insofern war die Phase der Vorarbeit als Bereicherung für die agah anzusehen.

3.2.2 Wahlrecht

Das Ziel, die gleichzeitige Durchführung von Wahlen (Direktwahlen mit Europawahlen) einzurichten bzw. Wahlen zusammen mit Volksabstimmungen durchführen zu können, wurde in einem Entwurf des HMdIS einer Verordnung zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften und zur gleichzeitigen Durchführung von Volksabstimmungen mit Bundestags-

wahlen behandelt. An die agah wurde in diesem Verfahren die Bitte zur Abgabe einer Stellungnahme gerichtet. Nach vorheriger Diskussion möglicher Kritikpunkte im Vorstand kam die agah dieser Aufforderung nach.

Die Auswirkungen der beabsichtigten Änderungen waren unter verschiedenen Gesichtspunkten zu betrachten. Die agah machte geltend, dass es sich bei einer Zusammenlegung von verschiedenen Wahlen bzw. Abstimmungen nicht lediglich um eine terminliche Zusammenlegung auf den gleichen Wahltag handele. Vielmehr würden auch die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen bzw. Abstimmungen zusammengefasst. Eine solche Verknüpfung liege aus Kostengründen nahe, denn durch die gemeinsame Wahldurchführung bzw. -vorbereitung könne eine Kosteneinsparung erzielt werden. Ferner spräche für eine terminliche Zusammenfassung, dass dann nicht in ggf. kurzer Zeitabfolge mehrfach Wahlen/Abstimmungen stattfänden, was einen „Ermüdungseffekt“ mit sich bringen könne. Gerade die Bundestagswahl zieht ein größeres Interesse der Wähler/innen auf sich. Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl wäre durch eine Zusammenlegung daher eine positive Auswirkung zu erwarten. Daneben solle jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass gerade von der Bundespolitik eine dominierende Rolle eingenommen werden könne. Dadurch würden die anderen Abstimmungsfragen in den Hintergrund gedrängt. Die Wahlberechtigten sollten jedoch eine eigenständige Entscheidung in allen Punkten treffen und auf diese Weise ihre Identifikation mit den zur Abstimmung anstehenden Fragen zeigen können. Ein weiteres Argument war, dass bei einer Zusammenlegung eine eventuelle Fehlerquote bei der Ermittlung des Wahlergebnisses auftreten oder sich die Ermittlung des Wahlergebnisses verzögern könne. Bei einer gleichzeitigen Durchführung von Volksabstimmungen und Bundestagswahlen war vorgesehen, der Auszählung der Bundestagswahl Priorität zukommen zu lassen und deshalb die gefalteten Stimmzettel zu trennen. Gefaltete Stimmzettel könnten jedoch ineinander rutschen, sodass es zu eventuellen Fehlern bei der Auszählung kommen könne. Im Ergebnis wurde jedoch in der Stellungnahme ausgeführt, dass die Vorteile der geplanten wahlorganisatorischen Zusammenlegung überwiegen.

3.2.3 Wahlen

3.2.3.1 Bundestagswahl 2002

Bereits Monate vor der Bundestagswahl im September 2002 deutete sich an, dass der Streit um das Zuwanderungsgesetz möglicherweise zu einem Wahlkampfthema zulasten von Migrantinnen und Migranten und damit zu einem Belastungsfaktor auch für den hessischen Integrationsprozess werden könnte.

Bereits am 19. März 2002 warnte die agah, die Debatte über dieses sensible Thema am Köcheln zu halten und es so mitten in den Wahlkampf zu tragen.

Auch auf der Plenarsitzung am 13. April 2002 in Hanau, die eine kritische Bilanz über vier Jahre rot-grüne Bundesregierung zum Schwerpunkt hatte, wurde von vielen Delegierten die Befürchtung eines sogenannten „Ausländerwahlkampfes“ deutlich formuliert.

„Kein gutes Zeichen“

Beiräte: Furcht vor Wahlkampf auf Kosten der Ausländer

HANAU. Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH) hat vor einem Bundestagswahlkampf „auf dem Rücken der Migranten“ gewarnt. Der Verfassungsverstreit nach der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes im Bundesrat sei kein gutes Zeichen, sagte am Samstag der AGAH-Vorsitzende Manuel Parrondo in Hanau. Er befürchte „populistische Aktionen“ von CDU und CSU, kritisierte aber auch die Bundesregierung, die es zu dieser Situation habe kommen lassen.

Mehr als 70 Vertreter der gut 100 Ausländerbeiräte Hessens trafen sich am Samstag in Hanau zur AGAH-Delegierten-sitzung.

„Wenn Bundespräsident Rau das Zuwanderungsgesetz unterschreibt, wollen CDU/CSU vor das Verfassungsgericht gehen, unterschreibt er nicht, bleibt erst einmal das alte, schlechte Ausländerrecht bestehen“, sagte Parrondo.

Diese Situation sei nicht gut. Die Politik

lasse die Ausländer „in der Luft hängen“. Positiv sei nur, dass in den vergangenen vier Jahren überhaupt ein Perspektivwechsel stattgefunden habe und die rot-grüne Bundesregierung ein Zuwanderungsgesetz angestoßen habe, so Parrondo.

Insgesamt habe aus Sicht der hessischen Ausländerbeiräte die rot-grüne Bundesregierung nicht alle Erwartungen erfüllt: „Es gibt Licht, aber auch viel Schatten“, so der AGAH-Vorsitzende. So sei Deutschland in der EU bei der Harmonisierung der Flüchtlingspolitik zum Bremser geworden.

Auch das Nachzugsalter für Ausländerkinder im Zuwanderungsgesetz sei mit 12 Jahren zu niedrig – EU-Standard seien 18 Jahre.

Dass die reguläre Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft und das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer nicht durchgesetzt worden sind, sei aus AGAH-Sicht ebenfalls zu bedauern. Ihe

Frankfurter Rundschau 15.04.2002

Zudem wurden Pressekonferenzen und Plenarsitzungen im Vorfeld der Wahl immer wieder genutzt, um auf das fehlende Wahlrecht für Ausländer hinzuweisen.

Mit einem Wahlaufuf am 19.09.2002 und in mehreren Interviews rief die agah die eingebürgerten Stimmberechtigten auf, ihr Wahlrecht zu nutzen und wählen zu gehen.

Zugleich bekräftigte die agah in ihrem Wahlaufuf erneut die Forderung nach einem Wahlrecht für alle Menschen mit Lebensmittelpunkt in Deutschland. Das 3-Klassen-Wahlrecht gehöre in die Mottenkiste der Geschichte. Demokratische Rechte dürften in einem modernen, weltofenen Land nicht mehr nur denjenigen vorbehalten sein, die deutsche Staatsangehörige seien. Es sei widersinnig, dass der deutsche Rentner, der seit 20 Jahren auf Mallorca lebt, mitentscheide, wer Bundeskanzler wird, der Türke Ali, der seit 40 Jahren in Kelsterbach Steuern zahlt, aber nicht.



3.2.3.2 Landtagswahl 2003

Integrationspolitische Schwerpunkte, nach einem Wahlsieg der CDU bei der Landtagswahl im Februar 2003, standen im Mittelpunkt des Gespräches mit Ministerpräsident Koch am 16. November 2002. Gleichzeitig formulierten die Delegierten ihre Erwartungen an eine künftige Integrationspolitik und plädierten für einen fairen Wahlkampf, der nicht erneut zu Lasten von Migrant/innen gehen dürfe.

Auch zum Jahreswechsel 2002/2003 rief die agah mit einer Presseerklärung dazu auf, das Thema Ausländer und Migration im Wahlkampf nicht zu missbrauchen. Zuwanderung und Integration seien vielmehr Themen, die höchste Sensibilität und Sachlichkeit verlangten. Sie taugten nicht als Wahlkampfthema.

Am 16. Januar veröffentlichte die agah zudem gemeinsam mit anderen Organisationen eine Erklärung zur Hessenwahl, mit der den Parteien migrationspolitische Eckpunkte und Erwartungen für die nächste Legislaturperiode auf den Weg gegeben wurden.

Als Serviceleistung für nicht-deutsche Stimmberechtigte veröffentlichte die agah in der „TROMMEL“ in der Reihe „Wir fragen – Politiker antworten“ die Positionen der vier im Hessischen Landtag vertretenen Parteien zu integrationspolitischen Fragestellungen und veranstaltete am 29. Januar 2003 gemeinsam mit dem Rat der türkeistämmigen Staatsbürger eine Podiumsdiskussion mit Kandidat/innen von CDU, SPD, Grünen und FDP im Frankfurter Presseclub.

Die Bewertung der Wahlergebnisse und die Konsequenzen für die agah waren Gegenstand einer ausführlichen Erörterung im Vorstand der agah Anfang Februar 2003. Der Vorstand war sich dabei einig, den bewährten Dialog mit Regierung und Mehrheitsfraktion fortzusetzen und gleichzeitig weiterhin regelmäßige Gespräche mit den Oppositionsparteien zu suchen.

In den folgenden Monaten fanden zahlreiche Antrittsbesuche und Gespräche mit fast allen Hausspitzen der Ressorts und den Fraktionen im Hessischen Landtag statt (vgl. Kap. 4.4 und 4.5). Gegenstand waren regelmäßig die Schwerpunktsetzungen der Ministerien und Fraktionen

im Bereich der Integrationspolitik sowie die Erwartungen der agah an zukünftiges Regierungshandeln.

3.2.3.3 Europawahl 2004

Bei der Europawahl werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt. Die Wahl findet seit 1979 alle 5 Jahre statt. Mit der EU-Erweiterung um 10 neue Mitgliedsstaaten, wenige Wochen vor der Wahl 2004, waren im Vorfeld diverse Fragen zu klären, angefangen bei der Aufklärung der Neuwähler/innen über den Ablauf des Wahlverfahrens bis hin zum Procedere der Eintragung in die Wählerverzeichnisse.

Die agah thematisierte frühzeitig diese Punkte. In einem Gespräch mit der Staatssekretärin des Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, Oda Scheibelhuber, setzte sich die agah für eine umfassende Information der in Hessen lebenden Staatsangehörigen aus den Beitrittsstaaten ein. Da es bereits recht konkrete Pläne des Bundesinnenministeriums gab, eine Infobroschüre zur Europa-Wahl 2004 in allen Amtssprachen aufzulegen, konnte das Anliegen der agah nach einer geeigneten Broschüre damit als erfüllt angesehen werden.

Aber auch die Veranstaltung der Europäischen Kommission in Deutschland und des Informationsbüros des Europäischen Parlaments „Mitreten über Europa“ am 02.12.2003 in Wiesbaden, während der sich einzelne deutsche Kandidat/innen für die EU-Wahl vorstellten, wurde von Vertreter/innen der agah besucht.

